(Autorisé par la Censure de la 4e zône.)

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. *,* Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht Mk. 1.50 und auswärts an der Post abgeholt.
Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 44800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 45 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 50 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile M. 1.75. Anzeigen erbeten an die Geschäftsstelle bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 196. | Redaktion: Jos. Grunau. | Dienstag, 1. Juli 1919. (Theobald.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß | 46. Jahrgang.

Rheinische Zentrumspartei.

Der Beirat der Rheinischen Zentrumspartei befaßte sich in seiner Sitzung vom 28. Juni u. a. auch mit der Frage der Rheinischen Republik. Die anwesenden Mitglieder beschlossen einstimmig, folgenden Aufruf zu erlassen:

Rheinische Parteifreunde!

Seit dem Abschluß des Krieges ist in den Rheinlanden die Frage der Errichtung einer westdeutschen Republik lebhaft erörtert worden. Auch jetzt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ruht sie nicht. Die Zentrumspartei verkennt das Berechtigte an diesen Bestrebungen keineswegs und ist fest entschlossen, dem bei der Neugestaltung der Verfassung und beim Neubau des Reiches Rechnung zu tragen.

Im gegenwärtigen Augenblick aber muß vor jedweden Schritten zur staatlichen Verselbständigung der Rheinlande ohne Fühlung mit der rheinischen Parteileitung mit größtem Nachdruck gewarnt werden. Ein solches Vorgehen würde jeder Parteidisziplin widersprechen, die Partei selbst spalten und ihren Bestand gefährden; es wäre auch außerordentlich verhängnisvoll für die gesamte rheinische Bevölkerung und für das Reich.

Ein solcher Schritt würde die ordnungsgemäße Verabschiedung der Verfassung, die unmittelbar bevorsteht, beeinträchtigen und damit insbesondere auch wichtige Kulturinteressen gefährden, die gerade die Befürworter der rheinischen Republik von dieser erwarten.

Zweifellos würde eine einseitige Proklamierung eines rheinischen Freistaates im gegenwärtigen Augenblick die Gefahr schwerster sozialer Unruhen, Streiks, ja sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges hervorrufen. Die rheinische Bevölkerung könnte dadurch unter Umständen ein Eingreifen der Besatzungsarmeen selbst verschulden.

Wenn überhaupt den Rheinlanden durch die Errichtung eines selbständigen Freistaates Zugeständnisse oder Erleichterungen irgendwelcher Art verschafft werden könnten, geschähe das auf Kosten des übrigen Deutschlands und des Zusammenhangs der rheinischen Lande mit dem gesamten deutschen Vaterlande.

Daß wir derartiges weit von uns weisen müssen, ist für jeden Deutschen ohne weiteres klar.

Wir verkennen keineswegs die großen Schäden und Opfer, welche der rheinischen Bevölkerung, namentlich der landwirtschaftlichen, aus der Besetzung entstehen. Die Entschädigungspflicht ist vom Reiche sowohl wie von den Einzelstaaten anerkannt worden und wird und muß erfüllt werden. Die Abgeordneten der Zentrumspartei sind dafür eingetreten und werden es auch in der Folge mit allem Nachdruck tun.

Angesichts dieser Lage bitten wir unsere rheinischen Parteifreunde nachdrücklichst, von einer weiteren Werbung für eine sofortige staatliche Verselbständigung der Rheinlande Abstand zu nehmen. Die entscheidende Stellungnahme zu dieser Frage muß der Gesamtpartei vorbehalten bleiben. Diese wird erfolgen auf dem für den 4. bis 6. August einberufenen rheinischen Parteitag.

Parteifreunde! Folgt geschlossen dieser Parole. Wahrt die Einigkeit der Partei! Bedenkt den Ernst der Stunde und unsere Verantwortung für die Zukunft.

Köln, 28. Juni 1919.

Der Beirat
der rheinischen Zentrumspartei.
Abg. Geheimrat Karl Trimborn, Vorsitzender.
Geh. Justizrat Dr. Karl Bachem, Biesenbach,
Abg. Blum, Landesökonomierat Bollig.
Abg. Dr. Brauns, Abg. Geheimrat Oberlandesgerichtsrat Marx, Justizrat Mönnig,
Frau Schmitz-Mündt, Frl. Abg. Teusch,
Frl. Wiegand.

Die neuen Steuergesetze.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 und der Gesetzentwurf über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs waren bereits vor einiger Zeit der Oeffentlichkeit übergeben worden. Die jetzt der Nationalversammlung zugegangenen Entwürfe dieser beiden Gesetze zeigen gegenüber den ersten Entwürfen einige wesentliche Abweichungen, die hervorgetreten. Wünschen Rechnung tragen. Nachdem wir schon Freitag die Grundlagen der Gesetze wiedergegeben, seien dieselben heute auch ausführlicher den Lesern bekannt gegeben:

Der Entwurf eines Gesetzes über eine

außerordentliche Kriegsabgabe

für das Rechnungsjahr 1919 will im Anschluß an das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 (vom 26. Juli 1918) die Erhebung einer Kriegsabgabe von dem vornehmlich im Jahre 1918 erzielten Mehreinkommen der Einzelpersonen und von dem im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinn der Gesellschaften vorschreiben. Dementsprechend zerfällt der Gesetzentwurf in zwei Hauptteile:

1. in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und
2. in die Abgabe der Gesellschaften. Das Mehreinkommen, das die Einzelpersonen gegenüber dem im Gesetzentwurfe näher bezeichneten früheren Einkom erzielt haben, soll, soweit es 8000 Mk. übersteigt, mit einer Summe belegt werden, die für die ersten 10 000 Mk. 5 v. H. beträgt und auf Grund eines Staffeltarifes bis auf 50 v. H. aussteigt. Vom Mehrgewinn, den die Gesellschaften im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielt haben, ist eine Abgabe bis zu 60 v. H. zu bezahlen, während nach dem Gesetze über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die Höchstabgabe 80 v. H. betrug.

Der Entwurf des Kriegsabgabengesetzes für 1919 will zwar die Kriegsgewinnbesteuerung der Gesellschaften, nicht aber auch die der Einzelpersonen abschließend regeln. Diesem Zweck soll vielmehr der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dienen, der sich daher auf die Besteuerung der Einzelpersonen beschränkt. Sie haben eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1918 erzielten Vermögenszuwachse, soweit er den Betrag von 5000 Mk. übersteigt, zu zahlen. Dabei wird die auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 gezahlte Steuer von dem auf Grund de neuen Gesetzes zu zahlenden Betrag in Abzug gebracht. Ueber die Höhe der Abgabe zwischen der Regierung und dem Staatenausschuß Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung will, daß jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 204 500 Mk. übersteigt (einschl. der abgabefreien 5000 Mk.) restlos erfaßt wird. Der Staatenausschuß will, daß die vollständige Wegsteuerung erst beim Vermögenszuwachs von 449 500 Mk. eintritt. Von den neu in den Entwurf gekommenen Bestimmungen ist besonders die bemerkenswert, daß die seit dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Verluste berücksichtigt werden sollen.

Von den Gesetzentwürfen, die dem Reiche dauernde Einnahmen zuführen sollen, ist in erster Linie der Entwurf eines

Erbschaftssteuergesetzes

zu erwähnen. Er sieht den Ausbau der bestehenden Erbschaftsbesteuerung im Sinne ihrer Ausdehnung auf das Gatten- und Kindeserbe und der verschärften Heranziehung der entfernteren Verwandtschaftsgrade vor, ferner eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer. Die Erbschaftsanfallsteuer soll nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers zu dem Erblasser in sechs Klassen erhoben werden. Die Steuer ist je nachdem niedriger oder höher, ob der Erwerber in näherer oder entfernter oder in gar keiner verwandtschaftlichen Beziehung zu dem Erblasser steht. Die Steuer soll ferner nicht bloß nach der Höhe des Erwerbs, der dem einzelnen Erben zufällt, bemessen werden, sondern es soll auch das beim Erbanfall bereits vorhandene sonstige Vermögen des Erben berücksichtigt werden. Bei großen Erbanfällen und großen bereits vorhandenen Vermögen kann die Steuer annähernd bis auf 75 v. H. hinaufgehen. Dem Erwerb von Todes wegen wird der Erwerb durch unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden gleichgestellt. Es mußte jedoch hier rückwirkend auch für eine Besteuerung derjenigen Schenkungen Sorge getragen werden, die in den letzten Jahren — vielfach in der Erwartung, dadurch Steuern ersparen zu können, vorgenommen wurden. Dementsprechend sollen alle Schenkungen, die nach dem 31. Dezember 1916 erfolgt sind, dem neuen Gesetz unterworfen sein. Schließlich ist in dem Entwurf eine Nachlaßsteuer vorgesehen, die eine Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines

Grundwechselsteuergesetzes

will die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reich, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundstücksumsatz erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft bei Eigentumsübertragungen die Grundwechselsteuer des Reiches und zwar in Höhe von 4 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstückes erhoben werden, an der dann die gegenwärtigen Steuergläubiger verhältnismäßig beteiligt werden dürfen. Ferner ist vorgesehen eine einheitliche periodische Besteuerung gebundener Grundstücke oder von Grundstücken, die im Eigentum von Personenvereinigungen usw. sich befinden (Besteurung der „toten Hand"), wenn 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem letztmaligen Eintritt der Steuerpflicht gemäß den Vorschriften des Entwurfs verflossen sind.

Die Steuer soll hier 2 v. H. betragen. Neben der Vereinheitlichung der Abgaben bringt der Entwurf am Grundstücksmarkte insofern eine wichtige Erleichterung, als unter gewissen Voraussetzungen die Erwerber von Grundstücken, die gleichzeitig Hypothekengläubiger sind, steuerlich bevorzugt werden sollen.

Der Entwurf eines

Rayonsteuergesetzes

will eine einmalige Abgabe auf solches Grundeigentum erheben, das sich in der Umgebung von Festungen befindet, bisher infolgedessen gewissen Beschränkungen unterworfen war, nunmehr aber, da eine baldige Beseitigung der Festungsanlagen in weitem Umfange wahrscheinlich ist, von den Beschränkungen frei sein wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erfährt. An diesem Wertzuwachs das Reich zu beteiligen, ist schon deshalb berechtigt, weil seinerzeit den Grundbesitzern nach dem Reichsgesetz vom 21. Dezember 1871 für die Beschränkungen ihres Eigentums volle Entschädigung in Kapital oder Renten zu gewähren war.

Im Entwurf eines

Tabaksteuergesetzes

wird eine Neugestaltung der Tabakbesteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihren Kleinverkaufspreisen abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohtabaks soll beseitigt werden, wodurch die Herstellung der billigeren Zigarren erleichtert wird. Von ausländischen Rohtabaken soll unter Aufhebung des Wertzuschlages lediglich ein Gewichtszoll in der Höhe zur Erhebung gelangen, wie er zum Schutz des heimischen Tabakbaues notwendig ist. Die Verbrauchsabgabensätze für Zigarren bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 M. für 1000 Stück und 500 Mk. für 1000 Stück, je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise.

Bei den Zigaretten soll der durch das Gesetz vom 9. Juni 1916 eingeführte Kriegsaufschlag mit der Zigarettensteuer vereinigt werden und darüber hinaus eine weitere Abgabeerhöhung eintreten. Die Abgabesätze für Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 Mk. für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 8 Pfg. das Stück) und 140 Mk. für 1000 Stück (bei Zigarren über 25 Pfg. das Stück.). Nach dem jetzt gültigen Gesetze tritt der gegenwärtige Höchststeuersatz (einschließlich Kriegsaufschlag 40 Mk.) bereits bei einem Preis von über 70 Mk. für 1000 Stück ein, der angesichts der Preisentwickelung auf dem Zigarettenmarkt nicht mehr gerechtfertigt war. Ueber diese Angaben hinaus enthält er eine ganze Reihe von Bestimmungen, die beweisen, daß die steuerliche notwendige Belastung der Tabakindustrie und des Handels in Uebereinstimmung gebracht werden soll.

Auch eine Erhöhung der

Zuckersteuer

wird notwendig. Sie soll statt 14 Mk. in der Folge 30 Mk. für 100 Kil. Reingewicht betragen. Das würde eine Erhöhung des Kleinhandelspreises um 8 Pfg. für das Pfund bedeuten — eine Belastung, die sehr gering ist, wenn man bedenkt, mit welchen Preissteigerungen während des Krieges gerechnet werden mußte.

Nach der Operation.

N Berlin, 24. Juni.

Vom deutschen Süden wird ein ohnmächtiges Wesen fortgeschafft. Es ist unser armes Vaterland.

Die Aerzte waschen sich die Hände und stellen fest, Operation sehr schwierig und zeitraubend; Narkose mehrfach unterbrochen wegen einsetzender Herzkrämpfe; im ganzen planmäßig durchgeführt; Schwäche groß; Erfolg noch unsicher.

Der Patient kommt vom Schneidebrett ins Leidensbett. Uebelkeit, Erbrechen, Schmerzen bei jeder Bewegung, Gram und Angst wegen der verlorenen Gliedmaßen und der schweren Wunden, dazwischen wie ein Lichtblick das Gefühl: Vielleicht ist das Schlimmste überstanden und das bißchen Leben gerettet.

Bald kommen die Angehörige und Freunde zum Krankenbesuch. Einige reden vernünftig von zäher Lebenskraft, treuer Pflege und Gottes Hilfe. Andere aber sagen auf die Klagen des Leidenden: „Du hättest doch nicht in die fürchterliche Operation einwilligen sollen; du wärest gewiß auch so gesund geworden." Die Krankenschwester macht dem Disput ein Ende, und der erschöpfte Kranke denkt: Was hilft das nachträgliche Gerede? Ich hatte doch schließlich nur die Wahl zwischen einem schnellen Tod und einer lebensgefährlichen Operation. Die Sache ist abgemacht, und der Krüppel muß sehen, ob er durchkommt. Wenn ich nur etwas schlafen könnte!

Ach ja, das gequälte Vaterland braucht Ruhe. Aber wo bleibt sie? In derselben Stunde, wo Deutschland auf dem blutigen Operationstisch lag, gab es in Berlin wieder einmal Straßenkrawalle. Den Anlaß gaben die wucherischen Obstpreise. Die sind freilich angesichts der guten Obsternte sündhaft hoch; die Regierung hätte längst eingreifen müssen. Aber bei aller berechtigten Entrüstung darf man doch wegen der Kirschen und Erdbeeren nicht Revolution machen, während zu gleicher Zeit auf Tod und Leben des ganzen Volkes mit dem äußeren Feinde gerungen wird. Zu den empörten Hausfrauen gesellte sich natürlich der Mob und bald wurden die meisten Lebensmittelläden, auch Kleidergeschäfte und andere Warenhäuser gestürmt und geplündert. Die Sache bekommt sofort auch eine politische Zuspitzung. In dem Blatt der Unabhängigen gibt es Entrüstungsartikel, aber die richten sich nicht gegen die Plünderer, sondern gegen die Ordnungstruppen, die wieder einmal den Janhagel nicht mit den gebührenden Samthandschuhen gestreichelt haben sollen.

Und in diesen Schicksalstagen wird auch frisch und froh weiter gestreikt. Sogar von Leuten, die Beamtendienste leisten. Die Aushelfer im Berliner Postscheckamt fingen an; die anderen Hilfskräfte im Post- und Drahtdienste tun zur Unterstützung mit. Auch aus Schlesien werden Streiks im Bahndienste gemeldet; in Thüringen desgleichen.

In den östlichen Landesteilen ist jede Streikbewegung um so schärfer zu verurteilen, als dort die Zusammenstöße mit den äußeren Feinden noch viel bedrohlicher sind, wie im Westen. Wenige ungeheure Wichtigkeit die Erhaltung von Oberschlesien hat, sollte doch jeder Mensch wissen, der sich deutsch nennt.

Einen Augenblick schien es sogar, als ob unsere neuen Freiwilligenkorps streiken wollten, natürlich aus Entrüstung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Glücklicherweise scheint diese Aufwallung sich gelegt zu haben. Das wäre in der Tat das Ende aller Ordnung, wenn die Offiziere und Soldaten der gesetzmäßigen Regierung und Volksvertretung das Konzept korrigieren sollten. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, Gehorsam die erste Soldatenpflicht.

Zu den Krankheiten der Zeit gehört auch die Sucht nach „Demonstrationen". Früher war das deutsche Volk durchaus nicht so schauspielerisch veranlagt wie die Franzosen oder Italiener. Jetzt ist auch das Demonstrieren bei uns in Schwung gekommen. Aber es bringt nichts ein. Wie wir gesehen haben, lassen unsere Feinde sich durch die schönsten Demonstrationen nicht beirren. Sie wissen nur zu genau, was an wirklicher Kraft dahinter steckt. Was ihnen imponieren und uns retten kann, ist einzig und allein die ruhige, würdige, einträchtige, zähe Festigkeit.

Daher muß man immer wiederholen: Ob dir und mir der gefaßte Entschluß gefällt oder nicht gefällt, ist ganz gleichgültig; wir müssen die Reihen schließen und in strammem Schritt mitmarschieren auf dem Wege, der nun einmal eingeschlagen worden ist.

* * *

Warum es so kommen mußte, darüber ist schon sehr viel geredet worden und wird noch ungeheuer viel geschrieben werden. Ich möchte nur auf zwei Umstände hinweisen, die vielleicht etwas beruhigend auf erregte Gemüter wirken. Erstens war es der Hunger, der das deutsche Volk an Leib und Seele zermürbt hat, und zweitens war es die kunstvolle Spionage, die unsere Gegner über den Zerfall der deutschen Kraft stets auf dem Laufenden hielt vom Anfang des Krieges an bis zum heutigen Tage.

Wir haben in patriotischem Eifer die Ernährungsschwierigkeiten möglichst lange auf die leichte Schulter genommen. Auf die volle Sättigung kann man auch bei gesundem Körper und gutem Willen eine geraume Zeit verzichten. Aber wenn die Nahrungssorgen jahrelang dauern und die Unterernährung immer weiter fortschreitet, dann verliert der Körper seine Spannkraft, die Nerven ihre Festigkeit, die Seele ihr Gleichgewicht. Der eine wird fieberhaft erregt, der andere sinkt in matte Verdrossenheit. Das gilt für die Bürger wie für die Soldaten. Als nach unserer letzten großen Offensive vor einem Jahr gemeldet wurde, daß unsere vordringenden Truppen reich besetzte Tafeln und voll gefüllte Speicher mit den besten Eßwaren bei den überraschten Feinden vorgefunden hätten, da mußte man sich gleich sagen: Jetzt werden unsere Truppen erst recht bitter den Unterschied empfinden zwischen der Verpflegung von drüben und hüben. In der Tat hat das wesentlich dazu beigetragen, daß bei unseren Truppen die Siegessicherheit ins Wanken kam. Als sie wieder auf ihre dürftige Ration angewiesen waren, hörten sie nur zu leicht auf die Zuflüsterungen: „Die Feinde haben alles in Hülle und Fülle; wir haben lauter Mangel, wir können nicht siegen, wir opfern uns vergebens." Unsere Hand ist erst schwach geworden, als der Magen schwach wurde.

Nach dem Waffenstillstand erhielten wir große Verheißungen, aber nur ganz geringe Lieferungen von Lebensmitteln. Der Appetit wurde gereizt, und nicht gestillt. Die Hungerkur dauerte fort. Das war ein wesentliches Hilfsmittel für die Streikhetzer und Tumultmacher. So schmolz auch die Widerstandskraft gegen die schweren Friedensbedingungen dahin.

Deshalb ließen sich auch die Gegner zu keinen erheblichen Milderungen herbei. Sie wußten ganz genau, wie es um die körperliche und seelische Verfassung der Deutschen stand. Während des Krieges schon waren sie ganz genau unterrichtet über die Zustände und Vorgänge in Deutschland, bis in die sog. Militär- und Flottengeheimnisse hinauf. Nach dem Waffenstillstand konnten sie zu den alten geheimen Spionen noch zahllose weitere Spürer gesellen, amtliche und private Personen, Männer und Frauen, mit richtigen und falschen Pässen. Für die Spionage ist riesig viel Geld ausgegeben worden; aber es hat sich gelohnt. Die feindlichen Regierungen waren über die Verhältnisse und Stimmungen in Deutschland genauer unterrichtet, als wir Durchschnittsbürger und sogar genauer, als manche von unsern Volksvertretern und Ministern. Sie wußten bestimmt, daß wir erschöpft waren an Leib und Seele, und daß wir deshalb schließlich alles unbedingt annehmen mußten.

Sie haben sich leider nicht geirrt. Der Hunger hatte uns mürbe gemacht und die Gegner haben daraus ihren Vorteil gezogen. Das Dümmste, das wir tun konnten, wäre nun die Selbstzerfleischung durch gegenseitige Vorwürfe. Weder der eine noch der andere von uns hat das Verhängnis abwenden können, was mit naturgesetzlicher Gewalt das hungernde Volk betroffen hat.

Deutschland mußte sich auf den Operationstisch legen und sich die Amputationen gefallen lassen. Jetzt frägt sich nur, ob wir den Rest von Lebenskraft vernünftig zusammenhalten und ausnutzen werden, um doch noch unser Dasein zu retten.

Deutschland ist im Krankenhause, aber in der Leichenhalle noch nicht.

Auch die Belastung, die sich aus der geplanten

Zündwarensteuer

ergibt, könnte nicht als unerträglich bezeichnet werden, wenn man in Betracht zieht, daß sich die Bevölkerung in Kriegszeiten mit weit höheren Preisen abgefunden hat, als sie einschließlich der neuen Steuern nach Wiederkehr normaler Zeiten zu erhoffen sind. Es soll nämlich die Steuer für Zündhölzer und Zündkerzchen verdoppelt werden, so daß z. B. für Schachteln mit 30 bis 60 Zündhölzern die Steuer 8 Pfg., für jede Schachtel mit 20 oder weniger Zündkerzchen 10 Pf. die Steuer beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Zündholzindustrie u. des Ertrages der Zündwarensteuer die Feuerzeuge zur Besteuerung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolles für ausländische eingeführte Zündhölzer und Zündkerzchen ist vorgesehen.

Der Entwurf eines

Vergnügungssteuergesetzes

sieht vor, daß alle von Bundesstaaten, Gemeinden u. Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften, nach denen eine Vergnügungssteuer erhoben wird, unwirksam werden. An deren Stelle soll die Reichsvergnügungssteuer treten, von deren Erträgnis die Hälfte dem Reiche zufließen soll. Es werden von der Steuer alle Veranstaltungen getroffen, die den Zweck haben zu unterhalten, zu ergötzen, zu erbauen oder zu belehren, ausgenommen solche, die lediglich dem Unterrichte in Unterrichtsanstalten dienen. Die Erhebung der Steuer erfolgt als Kartensteuer, wenn von den Teilnehmern der Veranstaltung Eintrittsgelder zu entrichten sind, eine Pauschsteuer (nach dem Flächenraum) wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird.

Das

Kartenspiel

soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die jetzige Reichsstempelabgabe von 30 bezw. 50 Pfg. für Spielkarten ist bereits seit dem Jahre 1878 in Kraft, hat also seit mehr als 40 Jahren keine Erhöhung erfahren. Die Steuer soll sich in der Folge für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 Mk. belaufen, für Kartenspiele mit weniger Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich der Satz. Auch die vom Auslande eingeführten Spielkarten sind der Steuer unterworfen. Sie werden überdies eine Erhöhung des Eingangszolls zu tragen haben.

Aus dem Reich.

Keine Neuwahlen zum Reichstag.

* **Berlin**, 27. Juni. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird von bevollmächtigter Stelle die Nachricht, die Regierung beabsichtige die Arbeiten der Nationalversammlung für beendet zu erklären und neue Wahlen für den Reichstag auszuschreiben, als unzutreffend bezeichnet. Die Nationalversammlung wird am Dienstag, den 1. Juli, wieder in Weimar tagen. Anfangs September wird sie dann nach Berlin verlegt werden.

Ein Anerbieten Bethmann-Hollwegs.

W **Berlin**, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai dieses Jahres einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schriftstück zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten Mächte zu bringen:

In dem Artikel 22 der Friedensbedingungen haben die alliierten Mächte Seine Majestät Wilhelm II., früheren deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgetan, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. In Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten Mächte die Bitte zu richten, daß gegen Seine Majestät den Kaiser gerichtete Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zwecke stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler habe ich zu meiner Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft ausschließlich von mir gefordert wird. In der Ueberzeugung, daß die alliierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht norminierten Recht auch die internationale Beachtung nicht versagen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.

Bethmann Hollweg.

Die neue Regierung der Rheinlande.

Ein rheinischer Bürgermeister schreibt der K. V.: Die Kritik, welche an der Zusammensetzung des Beirats des Reichskommissars für das linksrheinische besetzte Gebiet geübt wird, ist leider nur allzu berechtigt. Am grünen Tisch in Berlin scheint man in der Frage der Rheinlande keine Vernunft annehmen zu wollen. Bezüglich des Herrn Sollmann ist das Nötige bereits gesagt. Aber auch Herr Gewerkschaftssekretär Koch, der Vertreter der Deutschen Volkspartei, ist kein Rheinländer. Er ist geboren in Dönges, Kreis Eisenach (Thüringen), und wohnt erst seit 1918 im Rheinland — in Elberfeld. Das besetzte Gebiet der Rheinlande, das er jetzt mit regieren soll, ist ihm fremd!

In dem besetzten Gebiet sind bei den Wahlen doch über die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf die Zentrumspartei entfallen; nach demokratischen Grundsätzen, die doch heute in Deutschland gelten sollen, müßte aber die Zentrumspartei 4 von den 7 Beiräten erhalten.

Noch undemokratischer ist die Verteilung, wenn man die konfessionelle Zusammensetzung des besetzten Gebietes zugrunde legt. Von den 8 Mitgliedern — einschließlich des Vorsitzenden — sind nur 2 Katholiken bei einer über 70 Prozent katholischen Einwohnerschaft! Ungerecht und unglücklich ist der Beirat aber schließlich auch zusammengesetzt, wenn man die Verteilung seiner Mitglieder auf die 4 verschieden besetzten Zonen in Betracht zieht. Die belgisch besetzte Zone — mit fast 1¼ Millionen Einwohnern — ist im Beirat überhaupt nicht vertreten! Sie war auch nicht vertreten bei den Besprechungen in Berlin und Versailles und soll auch jetzt sicher in Versailles vertreten sein.

Und eine so zusammengesetzte Regierung soll das Vertrauen der rheinischen Bevölkerung besitzen? So kann, so darf es nicht weitergehen! Besinnen wir Rheinländer uns endlich auf uns selbst und verlangen mit allem Nachdruck unser gutes Recht!

Ein Riesendefizit in Sicht!

* **Berlin**, 28. Juni. In der Sitzung des Staatenhaushaltsausschusses vom 28. Juni machte der Eisenbahnminister bemerkenswerte Mitteilungen. Ueber den Personenverkehr teilte er mit, daß im neuen Etat die Personen- und Gepäckeinnahmen auf 1296 Millionen Mark eingeschätzt worden seien. Die Betriebseinnahmen, die ursprünglich auf 4851 Millionen Mark eingeschätzt worden seien, würden nach der neuen Schätzung nur 3758 Mill. Mark ergeben. Die Betriebsausgaben würden jetzt auf 4476 Millionen Mark geschätzt. Man rechne heute damit, daß unter Berücksichtigung der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden ein Fehlbetrag von rund 3400 Millionen Mark entstehen werde. Der Redner wies dann auf den Verlust der Eisenbahn durch die Friedensbedingungen hin. Die Hebung des Verkehrs, die zur Aufbesserung empfohlen worden sei, habe ihre Grenzen in dem großen Kohlenmangel. Eine Einschränkung der Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sei erschert durch die Notstandsbestellungen, die allein an rollendem Material 1,8 Milliarden Mark betragen. Eine Ersparnis auf dem Gebiete des Personals sei noch schwieriger zu erzielen. Die Staatseisenbahnverwaltung unterhalte zurzeit ein Personal, das von etwa 550 000 Köpfen bei Kriegsende auf vielleicht 770 000 Köpfe angewachsen sei. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, sei eine Ausgleichung des Haushalts nicht möglich. Es sei mit einem Riesendefizit zu rechnen, und keine Kunst der Welt werde wahrscheinlich imstande sein, dieses Defizit zu beseitigen.

Wenn man die Friedensbedingungen durchgelesen habe, soweit sie finanzieller Natur seien, wisse man, daß man die Finanzordnung im eigenen Lande eingebüßt habe. — Noch niemals sei es dem deutschen Volke gelungen, sich im Glück zu nationaler Solidarität emporzuschwingen. Möge ihm in seinem Unglück die Kraft gegeben sein, diese Solidarität zu üben, die nicht in einer verschwommenen Harmoniduselei bestehe, sondern darin, unser Volkstum durch gemeinsame Arbeit aus dem tiefen Niederbruch wieder langsam einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Wenn das deutsche Volk diese Kraft habe, sei es nicht verloren. Besitze es diese Kraft nicht mehr, dann habe es seinen Untergang auch verdient.

Vom Trierischen Bauernverein.

Trier, 26. Juni. Dieser Tage hielt der Trierische Bauernverein eine Generalversammlung ab. In derselben entwickelte Direktor Frank unter großem Beifall die folgenden Grundsätze:

Was soll, was muß der Bauer tun, um die Seele des Bürgertums zu gewinnen, damit das Zünglein der Wage auf seine Seite sich neigt, und er nicht von der Majorität, die eine Koalition der Bürger und Arbeiter darstellen würde, vernichtet wird?

1. Der Bauer muß sich organisieren.

Ohne Organisation keine Stärke, und ohne Stärke gibt es keine Achtung bei anderen Ständen. Kein Bauer darf zurückbleiben, bis in die letzte Hütte des kleinsten Eifeldorfes muß sich die Organisationsarbeit erstrecken.

2. Der Bauer muß für seine Sache Opfer bringen.

Abgesehen von Erleichterungen für die kleinsten Landwirte und Erhöhungen für die Großbauern ist der Monatsbeitrag auf 1 Mark festgesetzt worden.

3. Der Bauer muß eine Presse schaffen, die aufklärt und seine Interessen vertritt.

Wir haben in unserem Verein in dieser Hinsicht einen guten Anfang gemacht. Die „Bauernstimmen" sollen so laut und eindringlich reden, daß sie auch im anderen Lager gehört werden.

4. Der Bauer muß die Freundschaft der großen politischen Parteien suchen und finden.

Auf sich allein gestellt, ist der Bauernstand zu schwach, um politische Macht auszuüben. Er muß sich nach Freunden umsehen; er muß die politischen Parteien gewinnen, zu denen die breiten Schichten des Bürgerstandes gehören. Wir können uns die Feindschaft starker politischer Parteien nicht zuziehen, ohne die bäuerlichen Interessen auf das allerschwerste zu schädigen, denn mit der Feindschaft dieser Parteien belasten wir uns auch mit der Feindschaft des Bürgertums, ohne das wir unsere Interessen nicht erfolgreich verfechten können.

5. Der Bauer muß leben und leben lassen.

Der Trierische Bauernverein hat von jeher auf christlichen Grundgedanken aufgebaut. Dementsprechend sind seine Forderungen so eingestellt, daß sie den Bauern die Existenz ermöglichen, ohne das Bürgertum zu schädigen. Wer andere Stände zu Freunden haben will und muß, der darf sie nicht durch überspannte Forderungen vor den Kopf stoßen.

Der restlos organisierte Bauernstand ist stark und braucht nicht zu betteln. Für das, was er nimmt, kann er auch geben. Der Bauernstand hat nicht nur ein Interesse an der Freundschaft des Bürgertums, das Bürgertum ist politisch auch auf die Freundschaft des Bauernstandes angewiesen, denn beide Stände bilden zusammen den Mittelstand, der in vielfacher Hinsicht Interessengemeinschaft hat. Beide sind auf einander angewiesen und ihre politische Verständigung ist die natürlichste Sache von der Welt. Auf diesem als allein richtig erkannten Wege müssen wir weitergehen. Wenn andere Standesgenossen andere Wege gehen, so können wir um der Einigkeit willen nicht mit ihnen gehen, denn wichtiger als die Einigkeit ist der rechte Weg.

Die katholischen deutschen Missionen.

* **Basel**, 26. Juni. Der vom Viererrat beauftragte Minister Balfour hat dem Erzbischof Cerretti den infolge der Intervention des Hl. Stuhls abgeänderten Text der Verfügungen des deutschen Friedensvertrages, gleichzeitig mit einer ihn vervollständigenden Erklärung der alliierten und assoziierten Regierungen übergeben. Der Wortlaut der im Vertrag vorgenommenen Abänderungen ist den Lesern bereits bekannt. Die noch hinzugefügte, nicht minder wichtige Erklärung lautet in ihrem hauptsächlichsten Teile folgendermaßen:

„. . . Was die Missionen angeht, so haben die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen, daß in dem Abkommen, worin von der Ausübung der Mandate die Rede ist, seitens der beauftragten Mächte die weitgehendste Auslegung des Artikels 22 des Vertrages des Völkerbundes gehandhabt werden soll, damit Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert werde. Zu diesem Zweck werden jene Verordnungen Vorkehrungen enthalten, die den Missionaren aller Bekenntnisse gestatten, frei ihr Apostolat auszuüben, indem sie ihre Schulen sowie alle die anderen Einrichtungen beibehalten und aller Art Eigentum erwerben und behalten können. In allen den Fällen, worin es auf Grund des Friedensvertrages mit Deutschland nötig erscheint, daß das Eigentum der deutschen Missionen auf Vorschlag des Verwaltungsrates anderweitig übertragen wird, sollen die Güter der vom Hl. Stuhl abhängigen Missionen zur Verfügung derjenigen Personen katholischen Glaubens gehalten werden, die vom Hl. Stuhl regelrecht dazu autorisiert sind. In allen Fällen, wo es nach den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland nötig sein wird, irgendwelche Kontrolle auf solche Personen auszuüben, die als Leiter der Missionen fungieren, soll zuerst die kirchliche Behörde, von der sie abhängen, befragt werden."

Der Erfolg der diplomatischen Kunst des Msgr. Cerretti, dem diese wichtige Erklärung mitsamt den Abänderungen im Texte des Vertrags zu verdanken ist, wird sogar vom freimaurerischen Secolo rühmlichst hervorgehoben. In seiner Nummer vom 23. Juni schreibt der Pariser Korrespondent des Blattes u. a.:

„Der päpstliche Abgesandte Msrg. Cerretti hatte den Auftrag erhalten, in ganz bestimmter Form die Interessen des Katholizismus zu schützen. Seine Stellung war eine überaus heikle. Er traf gerade in Paris ein, nachdem der viel besprochene Aufruf des Kardinals v. Hartmann an den Papst wegen einer Intervention zugunsten Deutschlands der Presse übergeben worden war, und es läßt sich begreifen, daß er deshalb mit etwas Argwohn in den alliierten Kreisen empfangen wurde. Aber er hat es mit großer Geschicklichkeit verstanden, alle politischen Fragen auszuscheiden, er hat ostentativ jede Anspielung auf eine etwaige Teilnahme des Papstes am Völkerbunde vermieden, und so hat er die ganze Diskussion auf das rein religiöse Gebiet vereinigen können. Vielleicht wird Msgr. Cerretti — so heißt es am Schlusse — noch in Paris bleiben, um eine weitere wichtige Mission des Hl. Stuhles in die Wege zu leiten, nämlich die, die mit der künftigen Regulierung der Angelegenheit Konstantinopels und der hl. Orte in Verbindung steht".

Scheußliches aus den Hamburger Sülzefabriken.

* **Hamburg**, 26. Juni. Es kann nach den bisherigen Ermittlungen keinem Zweifel unterliegen, daß gewisse Behörden und Verwaltungsstellen bei der ihnen obliegenden Ueberwachung bei verschiedenen Nahrungsmittelbetriebe, in denen die Verarbeitung von Tierkadavern vorgenommen wurde, unverantwortlich versagt, dadurch die Volkswohlfahrt gefährdet und unmittelbar zur Entfesselung der Volkswut mit ihren revolutionären Folgen beigetragen haben. Von den vielen Zeugnissen verdient besonders das Zeugnis des Exekutivbeamtenrats der Verwaltungsabteilungen und der Kriminalpolizei Hamburgs ernste Beachtung. Darin wird festgestellt:

Die Ware der geschlossenen Sülzefabrik von Jakob Heil stand unter Ueberwachung der Ersatzmittelstelle am Neuen Wall. Nach Einlieferung dreier Proben wurde die Genehmigung zum Vertrieb der Ware erteilt. Zeitweilig entnahm dann die Polizei durch Beamte weitere Proben, zuletzt vor etwa vier Wochen, und übersandte sie dem Chemischen und Bakteriologischen Institut zur Untersuchung. Stets lautete der Untersuchungsbefund: „Als handelsüblich befunden."

Der Heilsche Betrieb ist ferner vor vier Wochen von Gewerbeaufsichtsbeamten auf Arbeiterschutz hin geprüft worden. Es herrschte ein verpesteter Geruch in den Arbeitsräumen. Arbeiterinnen zeigten auch verdorbenes Fleisch, mit Maden durchsetzt, vor. Außerdem wurde ein Hundekopf übersandt und zusammen mit dem Bericht über diesen Befund dem Gesundheitsamt überwiesen. Der Betrieb wurde einige Zeit geschlossen, dann aber wieder zugelassen, nachdem das Gesundheitsamt ihn als einwandfrei befunden hatte.

Auch über die Mißstände im Betrieb der ebenfalls von der Volksmenge geschlossenen Sülzefabrik von Starck u. Co. wurde von einem Privatmann der zuständigen Polizeiwache eine Anzeige übergeben und eine Hundepfote beigefügt. Ein Beamteer der Wohlfahrtspolizei erteilte dann dem Beschwerdeführer den Bescheid, die Hundepfote sei nicht beweiskräftig genug, um vorgehen zu können. Der Beamte fügte hinzu, er sei von Beruf Metzger und habe ein Urteil in solchen Sachen.

Fügen wir hinzu, daß die geschlossene Sülzefabrik einen großen Teil ihrer Kadaver von der Abdeckerei bezogen hat, was an sich schon schwersten Verdacht hätte erregen müssen, so genügen alle diese Dinge wohl, um nicht nur für Hamburg, sondern für alle Großstädte die Notwendigkeit gründlichster Reformen zu erweisen.

Massenflucht der Juden aus ihrer Religion.

Der Wiener Reichspost wird gemeldet, daß die Judenherrschaft selbst in sozialistischen und bolschewistischen Kreisen Ungarns derart Ekel und Widerwillen erregt und daß im ganzen Lande eine antisemitische Strömung mit elementarer Gewalt im Zuge ist". Die Folge davon nun sei „eine Massenflucht der Juden aus ihrer Religion und der massenhafte Uebertritt zum Christentum. So zuletzt in Budapest an einem einzigen Tage 700. Bei den Budapester Pfarreien stehen Juden in langen Reihen angestellt, um sich zum Uebertritt zu melden. Er wird nämlich allgemein befürchtet, daß beim nahen Sturz des ungarischen Bolschewismus sich die Volkswut für die begangenen Greueltaten hauptsächlich gegen die Juden kehren und in blutigen Progromen offenbaren wird.

Vom Raubmordprozeß Krings.

(Fortsetzung.)

§ **M.-Gladbach**, 28. Juni. Schwurgericht. Um die Kraft des linken Armes bei Krings zu beweisen, beantragt die Staatsanwaltschaft den Mitgefangenen Mohnen zu vernehmen. Zeuge sagt, daß sie zu vier Gefangenen mit Krings dieselbe Zelle teilten. Krings habe ihnen öfter, besonders abends, die angeblichen Vorfälle erzählt. Von den Leutnants mit den vielen Schmuggelwaren habe er immer erzählt, auch daß er Kerp mit den Leutnants zusammengeführt habe. Er habe auch gesagt, daß er 25 000 Mk. in Goldgeld im Walde versteckt habe. Eines Tages sei Krings mit einem Mitgefangenen in Wortstreit geraten, im Verlaufe desselben habe Krings mit der linken Hand einen gefüllten Wasserkrug ergriffen, um damit auf den Gegner loszuschlagen, was sie natürlich verhindert hätten.

Krings meint, wenn man ihn „Mörder" schimpfe, „Noch ein paar Tage wirdst Du geköpft!" sei er wohlberechtigt, in Wut zu geraten, zudem sei der Krug leer gewesen.

Nun wurden die Aussagen der erkrankten Witwe Marx aus Bonn verlesen. Das Wesentliche war, daß der Ueberbringer des Briefes für den Lederhändler Hilgers, eine Aktentasche getragen habe. Einen Teil der bei der Leiche gefundenen Kleiderreste habe sie als die ihres Mannes erkannt.

Zeugin Schiffarth wird hierauf vorgerufen, welche erklärt, Krings habe nie eine Aktentasche bei sich geführt.

Zwei Neußer Kriminalbeamte schildern nunmehr das Erkennen des Krings durch die Zeugen Schlich (Düsseldorf) und Marx (Bonn). Der letztere habe gesagt: „Das ist der Kerl, der hat meinen Onkel umgebracht!" und habe Miene gemacht, sich auf Krings zu stürzen.

Recht eingehend bis in die kleinsten Details schildert Installateur Schlich aus Düsseldorf seine Erlebnisse mit Krings bezw. Müller. Sein Freund, Bauunternehmer Döhring, sei eines Tages von der Jagd gekommen und habe zwischen Elberfeld und Düsseldorf einen Herrn getroffen, der große Posten Lebensmittel zum Kauf angeboten habe, zu auffallend billigen Preisen, nur müsse bar bezahlt werden. Obwohl zunächst abgeneigt, seien sie doch nach Neuß gefahren, wo sie den Unbekannten am Bahnhof trafen. Als erstes habe derselbe gefragt, ob sie Geld mitgebracht hätten, als dies verneint wurde, sei derselbe sehr wortkarg geworden, habe nach längerem Hin und Her gesagt, es sei heute nichts zu machen. Sie hätten sich von ihm verabschiedet, um sich einige Tage später wieder am Bahnhof in Krefeld zu treffen. Daselbst habe sich dasselbe wiederholt, als er gehört, daß sie das Geld nicht mitgebracht hätten. Obwohl sie wegen der enorm billigen Preise Verdacht schöpften, es müsse etwas besonders dahinter stecken, sie wollten den Schwindel möglichst aufdecken. Wie verabredet, trafen sie auch mit demselben am Bahnhof M.-Gladbach zusammen. Die erste Frage war wieder, ob sie das Geld mitgebracht hätten. Jetzt hätten sie diese Frage bejaht. Krings habe erfreut gesagt, das sei schön, sein Schwager habe alles bereit und sie würden gut bedient, schöne billige Sachen kaufen.

Zur Vorsicht hatten sie je einen Revolver und einen derben Krückstock mitgenommen. Döhring sei Jäger und ein äußerst starker Mann, außerdem hatten sie verabredet, den Krings immer vor gehen zu lassen, damit er ihnen nicht gefährlich werden könne. In Wirklichkeit hätten sie auch kein Geld mitgebracht und sie wären recht zu Abenteuerlust aufgelegt gewesen. Von M.-Gladbach seien sie nach Rheydt gefahren und unterwegs habe Krings das mit dem Namen Müller unterzeichnete, vorher zugesandte Preisverzeichnis zurück gefordert. In Rheydt habe Krings gewünscht, einer müsse zurück bleiben, einer sollte nur mitgehen. Auch sollten sie telephonieren, daß sie nicht heute abend, sondern einige Tage später erst nach Hause zurückkehrten. Heute wirds losgehen, habe er jetzt gedacht, sei aber sehr vorsichtig gewesen, aufgefallen sei, daß Krings an diesem Abend trotz des stürmischen Herbstwetters keinen Ueberzieher getragen habe. Sie seien nach Giesenkirchen gefahren und während er in einer Wirtschaft zurückblieb, sei Döhring allein mitgegangen. Er sei doch beiden gefolgt, habe sie aber im Felde aus den Augen verloren. Nach etwa dreiviertel Stunden sei Döhring allein zurückgekehrt, als schon sehr besorgt gewesen sei. Döhring habe erzählt, daß er von Krings auf Umwegen durchs Feld bis in einen Wald geführt worden sei, wo er ihn habe stehen lassen. Weiter sagt Zeuge: und dieser Unbekannte (Müller) ist der Angeklagte, ich habe ihn sofort wiedererkannt, als er von Beamten in mein Geschäft geführt wurde, ohne zu wissen, worum es sich handle, er habe keinen Zweifel in der Person.

Krings, welcher diese Vorfälle zunächst ganz abgestritten, gab später immer mehr zu, er wollte aber nur bis zu einem Wäldchen in Rheydt-Geneiken gewesen sein. Nach den angestellten Ermittelungen hatte Krings den Döhring bis genau zu der Stelle geführt, wo später die Leiche Marx gefunden wurde, es sei der geeignetste Ort gewesen, jemand um die Ecke zu bringen.

Krings sagt, er habe nichts vorgehabt, er würde sich auch gehütet haben, an so einen Mann wie Döhring sich heran zu wagen, welcher zudem noch eine Hacke bei sich führte (zufällig unterwegs gekauft von Döhring). Und wenn er so etwas bemerkt habe, weshalb er die Sache nicht sofort der Polizei gemeldet habe?

An Hand der Akten wurde festgestellt, daß Schlich den Vorfall mehrere Monate später der Staatsanwaltschaft in Bonn unterbreitet hat. Nach dem Verschwinden der beiden Bonner Herren hatte die genannte Staatsanwaltschaft eine Bekanntmachung um zweckdienliche Angaben erlassen. Gerichtsassessor Reuter von der Staatsanwaltschaft Bonn war der nächste Zeuge. Assessor Reuter ist im Jahre 1917 mit dem Zeugen Dienstmann Marx nach Rheinbach gefahren, wo der angebliche Täter, Kaufmann Scheuren aus Flamersheim, festgenommen worden war. Zeuge Marx sei anfangs im Zweifel, später immer bestimmter geworden, sodaß er sich verpflichtet gehalten habe, weil es sich um eine Mordsache handelte, den wegen Schleichhandel festgenommenen, aber wieder entlassenen Scheuren wieder zu verhaften.

Scheuren, welcher seine Unschuld beteuerte, sei hierauf grob und wütend geworden, sodaß er einen Angriff auf seine Person befürchtet habe.

Sehen sie, rief der Angeklagte, wie es einem wird, wenn man unschuldig bezichtet wird.

Es folgt nun die Verlesung der Aussagen, der gestern im Krankenhaus in Neuß vernommenen Zeugin Hilgers, Tochter des verschwundenen Lederhändlers Hilgers. Von der letzten Reise ihres Vaters weiß sie nichts, weil sie abwesend war. Das wesentliche war, daß sie von dem Spazierstocken einen mit ziemlicher Bestimmtheit als den ihres Vaters bezeichnete. Einen schwarzen Stock ohne Krücke will sie an dessen starker Abnutzung unter dem Beschlagring erkennen. Sie habe denselben mit Krimi-

lementarer Gewalt im
nun sei „eine Massen-
Religion und der mas-
ristentum. So zuletzt
zigen Tage 700. Bei
ehen Juden in langen
um Uebertritt zu mel-
gemein befürchtet, daß
rischen Bolschewismus
gangenen Greueltaten
n kehren und in blutig
wird.

rozeß Krings.

g.)

i. Schwurgericht.

bei Krings zu beweisen,
ast den Mitgefangenen
sagt, daß sie zu vier Ge-
lle teilten. Krings habe
die angeblichen Vorfälle
t den vielen Schmuggler-
uch daß er Kerp mit den
e. Er habe auch gesagt,
im Walde versteckt habe.
einem Mitgefangenen in
e desselben habe Krings
ten Wasserkrug ergriffen,
schlagen, was sie natür-

ihn „Mörder" schimpfe,
n geköpft!" sei er wohl-
zudem sei der Krug leer

der erkrankten Witwe
Wesentliche war, daß der
en Lederhändler Hilgers,
Einen Teil der bei der
habe sie als die ihres

rauf vorgerufen, welche
tentasche bei sich geführt.
e schildern nunmehr das
Zeugen Schlich (Düssel-
ztere habe gesagt: „Das
Onkel umgebracht!" und
rings zu stürzen.
leinsten Details schildert
dorf seine Erlebnisse mit
reund, Bauunternehmer
er Jagd gekommen und
sseldorf einen Herrn ge-
smittel zum Kauf ange-
n Preisen, nur müsse bar
abgeneigt, seien sie doch
Unbekannten am Bahn-
selbe gefragt, ob sie Geld
neint wurde, sei derselbe
nach längerem Hin und
zu machen. Sie hätten
sich einige Tage später
u treffen. Daselbst habe
gehört, daß sie das Geld
hl sie wegen der enorm
n, es müsse etwas beson-
den Schwindel möglichst
en sie auch mit demselben
mmen. Die erste Frage
itgebracht hätten. Jetzt
rings habe erfreut gesagt,
abe alles bereit und sie
ge Sachen kaufen.
inen Revolver und einen
Döhring sei Jäger und
dem hatten sie verabredet,
u lassen, damit er ihnen
In Wirklichkeit hätten sie
sie wären recht zu Aben-
on M.-Gladbach seien sie
erwegs habe Krings das
terzeichnet, vorher zuge-
gefordert. In Rheydt
üsse zurück bleiben, einer
en sie telephonieren, daß
einige Tage später erst
e würde kosgehen, habe er
chtig gewesen, aufgefallen
end trotz des stürmischen
r getragen habe. Sie
en und während er in
i Döhring allein mitge-
folgt, habe sie aber im
. Nach etwa dreiviertel
ein zurückgekehrt, als
. Döhring habe erzählt,
gen durchs Feld bis w
, wo er ihn habe stehen
dieser Unbekannte (Mül-
ihn sofort wiedererkannt,
Geschäft geführt wurde,
handle, er habe keinen

lle zunächst ganz abge-
r mehr zu, er wollte
chen in Rheydt-Ge-
ach den angestellten Er-
Döhring bis genau zu
ie Leiche Marx gefunden
t gewesen, jemand um die

vorgehabt, er würde sich
n Mann wie Döhring sich
noch eine Hacke bei sich
nuft von Döhring). Und
be, weshalb er die Sache
t habe?
stgestellt, daß Schlich den
r der Staatsanwaltschaft
ch dem Verschwinden der
e genannte Staatsanwalt-
n zweckdienliche Angaben
r von der Staatsanwalt-
euge. Assessor Reuter ist
n Dienstmann Marx nach
gebliche Täter, Kaufmann
stgenommen worden war.
Zweifel, später immer be-
sich verpflichtet gehalten
dsache handelte, den wegen
aber wieder entlassenen

huld beteuerte, sei hierauf
daß er einen Angriff auf

ngte, wie es einem wird,
wird.
der Aussagen, der gestern
ommenen Zeugin Hilgers,
derhändlers Hilgers. Von
weiß sie nichts, weil sie ab-
war, daß sie von dem
cher Bestimmtheit als den
en schwarzen Stock ohne
er Abnutzung unter dem
abe denselben mit Krimi-

nalkommissar Klein aus Neuß in der Wohnung von Kr. gefunden. Ihr Bruder habe einen sehr ähnlichen Stock, das Gegenstück hierzu besessen.

Kriminalkommissar Klein, welcher der gestrigen Vernehmung beigewohnt, bestätigt die Angaben, daß der Stock in einer alten Truhe zwischen allerlei Kleidungsstücken im Schlafzimmer des Angeklagten vorgefunden und von der Dame erkannt worden sei

Weil die Identität des Stockes von besonderer Wichtigkeit ist, hatte das Gericht den Schirm- und Stockfabrikanten Kullmann von hier als Sachverständigen geladen. Kullmann sagt, einen Spazierstock an den Abnutzungsflächen zu erkennen, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Diese beiden ihm übergebenen Stöcken seien grundverschieden und vom Laien als solche zu erkennen. Der erste mit metallbeschlagener Hornkrücke sei aus schwarzem Ebenholz, nach dem Beschlag habe dieser einen Mindestwert von 5—6 Mark in Friedenszeit gehabt. Der zweite sei ein ganz einfacher Stock, schwarz lackiert, mit ganz einfachem Blechbeschlag und aufgeklebter Zelluloidkrücke. Das könne wohl stimmen, wenn der Angeklagte sagt, daß er denselben für 1,50 Mk. hier gekauft habe.

Als der Angeklagte erfreut zustimmte, sagte der Vorsitzende, ja nun haben Sie auch einen Erfolg.

Als Krings nun den Antrag stellen ließ, es möge festgestellt werden durch das Bürgermeisteramt Liedberg, wie lange der Kerp in der dortigen Gemeinde auf Haus Fürth gewohnt habe, sagt ein Geschworener, wenn Kr. die Gegend bei Liedberg kenne, müsse er auch wissen, daß sie wie für Schmuggler geschaffen wäre.

Gegen Mittag wurde die Sache auf Dienstag vormittag vertagt. Heute nachmittag werden durch das Gericht verschiedene Zeugen und der schwer erkrankte Stadtchemiker Dr. Look in Düsseldorf vernommen.

Stadtnachrichten.

* **Neuß**, 1. Juli.

Der Vertretertag der Rheinischen Zentrumspartei ist nunmehr für die Tage vom 4. bis 6. August d. J. in Aussicht genommen. Angesichts der Neuordnung der ganzen politischen Verhältnisse dürfte eine eingehende Behandlung aller in Frage kommenden politischen organisatorischen Probleme erscheinen, weshalb von vornherein für die Verhandlungen dieses Mal drei Tage vorgesehen werden sollen. Da der diesjährige Vertretertag für die ganze Zukunft der Zentrumspartei in den Rheinlanden von grundlegender Bedeutung sein dürfte, werden die einzelnen Kreisorganisationen dringend gebeten, unverzüglich die weiteren Vorbereitungen dazu treffen zu wollen, mit die Tagung nach ihrer Zusammensetzung und ihrem Verlauf ein ordnungsgemäßes Spiegelbild unserer rheinischen Zentrumspartei wiedergibt. Alle etwaigen Anfragen (auch wegen Paßanlegelenheiten, Unterkunft usw.) sind zu richten an das Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei, Köln, Rubenstraße 11. Wir bitten, alle derartigen Anfragen möglichst frühzeitig an unsere Zentralstelle richten zu wollen, damit sie auch ordnungsmäßig erledigt werden können.

* **Die Reifeprüfung an der Städtischen Oberrealschule** bestanden gestern: Fritz Fischer (Neuß), Fritz Heinrichs (Neuß), Toni Krüll (Kapellen), Georg Lammenett (Neuß), Arthur Lehmann (Neuß), Hrch. Trippen (Grevenbroich).

= **Das 25jährige Dienstjubiläum** in der Stadt Neuß begeht mit dem heutigen Tage Fräulein Doergens, die 21 Jahre lang die hiesige mit großem Erfolg tätige Krawatten-Nähschule geleitet und dann mit Beginn des Krieges sich opferwillig in den direkten städtischen Dienst gestellt hat. Viel Segen ist von dieser pflichtgetreuen Dame im Laufe des Vierteljahrhunderts ausgegangen und es ist berechtigtes Hoffen, daß die zahlreichen Verdienste auch an diesem Lebensabschnitte die verdiente Anerkennung finden werden. Unsern aufrichtigsten Glückwunsch der unermüdlichen Jubilarin vorab!

⊗ **Paßangelegenheit.** Nach einer neuen Bestimmung der hiesigen belgischen Kommandantur haben die Inhaber von Reisepässen deren Verlängerung persönlich auf der Kommandantur (Erftstraße) zu beantragen.

⊠ **Reichsreisebrotmarken.** Die Bürgerschaft sowie Bäcker, Brotverkäufer und Gastwirte werden auf die heutige amtliche Bekanntmachung besonders aufmerksam gemacht.

! **Am 1. Juli dieses Jahres** treten auf den meisten Strecken des Eisenbahndirektionsbezirks Köln Fahrplanänderungen in Kraft. Näheres ist aus den Aushängen auf den Bahnhöfen zu ersehen. Von heute an fallen zwischen Köln und Mainz folgende Schnellzüge aus: D 269, ab Mainz 2 Uhr nachmittags, an Köln 5,34 Uhr nachmittags, und D 270, ab Köln 9,10 Uhr vormittags, an Koblenz 12,41 Uhr nachmittags.

Am 1. Juli 1919 wird der direkte Personen- und Gepäckverkehr zwischen Aachen, Koblenz, Köln, Krefeld, Düren und M.-Gladbach einerseits und elsäßischen, lothringischen und luxemburgischen Stationen anderseits wieder aufgenommen. Fahrgeld und Gepäckfracht sind für die rheinischen Strecken in Mark, für die übrigen Strecken in Franken zu zahlen. Nähere Auskunft erteilen die vorgenannten Dienststellen.

D **Das Wetter.** Eine wissenschaftliche Korrespondenz meldet: Da dem am Schluß der vergangenen Woche noch ganz Nord-, Mittel- und Osteuropa beherrschenden Tiefgebiet vom Nordatlantik her weitere Wirbel zu folgen scheinen, so dürfte das kühle und regnerische Wetter noch längere Zeit ohne nennenswerte Aenderungen fortdauern. — Vergangene Nacht hatten wir als tiefsten Stand 7 Grad über Null. Das Barometer fällt.

⊕ **Reichsbanknoten.** Wie verlautet, stellt die Reichsbank den weitern Druck und die Ausgabe der 50-Marknoten ein, dagegen sollen wieder 100-Marknoten zur Ausgabe gelangen. Zu dieser Maßnahme scheint das Mißtrauen Anlaß gegeben zu haben, das allgemein im Publikum gegenüber in unzulänglichem Druckverfahren hergestellten 50-Marknoten besteht.

▲ **Kriegsgefangenen-Fürsorge.** Die Angehörigen von Kriegsgefangenen werden hierdurch gebeten, ihre genaue Adresse anzugeben. Anmeldungen nehmen entgegen die Herren Müller (Dreikönigenstraße 6 II), Ludemann (Industriestr. 42), Kitzel (Königsstr. 2), woselbst auch weitere Auskunft erteilt wird.

)(**Neuß**, 1. Juli. (Schöffengericht.) Wir werden von beteiligter Seite gebeten, mitzuteilen, daß der in dem letzten Schöffengerichtsbericht erwähnte Heinrich Kemmerling nicht identisch ist mit dem Markt 29 wohnenden Heinrich Kemmerling.

Provinznachrichten.

* **Düsseldorf**, 30. Juni. Der militärische Befehlshaber in Düsseldorf erläßt folgende Bekanntmachung: „Aus den bedauerlichen Vorfällen am Freitag abend an der Tonhalle, bei denen Regierungssoldaten und ein Zivilist verwundet, mißhandelt und beraubt sind, und sogar ein schwerverwundeter Regierungssoldat noch mißhandelt worden ist, geht hervor, daß die Unsicherheit auf den Straßen wieder zugenommen hat. Im Einvernehmen mit dem Abschnittskommandeur I der neutralen Zone wird daher die Polizeistunde für den Stadtkreis Düsseldorf vom 29. Juni ab zunächst auf 10,30 Uhr abends festgesetzt. Die Straßen müssen um 11,30 Uhr abends geräumt sein."

* **Düsseldorf**, 30. Juni. Am Samstag nachmittag wurde der Kriminalwachtmeister Hochheuser in unmittelbarer Nähe des Hauses Bogenstraße 33 erschossen. Hochheuser, der sich auf einem Ermittelungsgange befand, wurde plötzlich von 3 ihm entgegentretenden Mannspersonen zur Rede gestellt. Der Haupttäter äußerte ihm gegenüber, sie hätten ihn schon längst gesucht. Sie wären froh, daß sie ihn jetzt hätten. Er müsse sterben. Kurz danach wurde auch bereits der erste Schuß abgegeben, der den Beamten in die Brust traf. Ein zweiter Schuß ging in den Unterleib und führte den Tod herbei.

* **Düsseldorf**, 29. Juni. Die Arbeiter der städtischen Werke wollen neue Forderungen erzwingen. Diesmal soll nach Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse eine einmalige Teuerungszulage von je 1000 Mark verlangt werden.

Ita. **Düsseldorf**, 28. Juni. Wie die Düsseldorfer Nachrichten erfahren, hat sich ein mit sehr großen Mitteln ausgerüsteter Konzern gebildet, der die Versorgung Deutschlands mit Butter, Margarine, Käse, Eiern, Speck und ähnlicher Lebensmittel anbahnen will. Angeblich handelt es sich um die holländische Firma Jürgens- u. Cie., der die in Deutschland bestehenden größeren Margarinefabriken nahestehen. Der Geschäftsbeginn soll nächsten Monat erfolgen.

* **Krefeld**, 28. Juni. Zur Förderung des Baues von Klein- und Mittelwohnungen haben die Stadtverordneten vorläufig 200 000 Mark als Beitrag für die Baukostenüberteurung bewilligt.

* **Homberg**, 28. Juni. Auf Anordnung des Kommandanten macht der Bürgermeister bekannt, daß die gegenwärtigen Bestimmung, betreffend den Verkehr zwischen beiden Rheinufern, nach wie vor in Kraft bleiben.

Ita. **Duisburg**, 27. Juni. Im Kampf mit einem Polizeibeamten wurde ein Monteur, der in eine Fabrik eindringen wollte, erschossen. Der Beamte handelte in Notwehr.

* **Köln**, 28. Juni. Die Wahlen der Fakultät der Kölner Universität haben folgende Resultate ergeben: Zum Rector wurde gewählt der ordentliche Professor der Staatswissenschaften Geh. Reg.-Rat Dr. jur. et phil. Christian Eckert, zum Prorector der ordentliche Professor der innern Medizin Geh. Mde.-Rat Dr. Friedrich Moritz; zum Dekan der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der ordentliche Professor der Staatswissenschaften Geh. Reg.-Rat Dr. Karl Thieß; zum Dekan der medizinischen Fakultät der ordentliche Professor der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie Dr. Albert Dietrich; zum Senator der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der ordentliche Professor der Staatswissenschaften Dr. Leopold v. Wiese und Kaiserswaldau; zum Senator der medizinischen Fakultät der ordentliche Professor der Chirurgie Geh. Medizinalrat Dr. Otto Tillmann. Für die in Entwicklung begriffene philosophische Fakultät wurde dem Senat noch zugewählt: der ordentliche Professor der englischen Sprache und Literatur Dr. Arnold Schröer; für die in Entwicklung begriffene juristische Fakultät der ordentliche Professor des öffentlichen Rechts und der Politik Dr. Fritz Stier-Somlo.

* **Elberfeld**, 27. Juni. In einer von der Stadtverwaltung einberufenen Versammlung der Obst- und Gemüse-Groß- und Kleinhändler forderte die Verwaltung mit Rücksicht auf die in ganz Deutschland sich zeigende Entrüstung über die hohen Preise für Gemüse und Obst energisch die Herabsetzung der Preise. Von morgen an werden Höchstpreise festgesetzt und die Polizeiverwaltung ist angewiesen, auf strengste Innehaltung derselben zu achten.

Ita. **Barmen**, 27. Juni. Die Zahl der erfolgten Kirchenaustritte ist in Barmen sehr hoch, sie beträgt mehrere Tausende. Ihrer stärkeren Seelenzahl entsprechend sind die protestantischen Gemeinden am meisten betroffen. In Elberfeld ist die Zahl der Ausgetretenen wahrscheinlich noch größer. In beiden Städten mußten besondere Sekretariate für Kirchenaustritte eingerichtet werden.

* **Barmen**, 30. Juni. Zur Beratung von Maßnahmen für eine Ermäßigung der hohen Obst- und Gemüsepreise soll der Ausschuß des Großhandels in den zur rheinisch-westfälischen Städtevereinigung gehörigen Verwaltungsbezirken zusammengerufen werden. Für Samstag hatte auch hier die Stadtverwaltung ebenso wie in Elberfeld Höchstpreise für Obst und Gemüse festgesetzt, die erheblich hinter den bisherigen Preisen zurückblieben. Durch die scharfe Kontrolle wurde die Einhaltung der Preise erzwungen wie auch Vorsorge getroffen, daß keine Verfügung nach auswärts erfolgen konnte.

* **Kleve**, 28. Juni. Die ständige Todesgefahr auf einsamen Schmuggelpfaden, das Aufhäufen ins Unermeßliche gehender Gewinne, das unregelmäßige Leben der Schmuggler hat diese verrohen lassen. Dies zeigt die Verhandlung wegen versuchten Totschlags gegen den Schmuggler Sikkens aus Hüthum (holländische Grenze) vor dem hiesigen Schwurgericht. Sikkens, von Beruf Buchbinder, betrieb mit dem Kraftwagenführer Janßen in Hüthum einen schwunghaften Schmuggelhandel. Die Ware wurde bei Sikkens aufgestapelt und von diesem an die Aufkäufer weitergegeben. Sikkens machte die Wahrnehmung, daß bei ihm gestohlen wurde und hatte Verdacht gegen Janßen, konnte diesen aber nie überführen. Eines Tages schob Sikkens eine Reise nach Holland vor, kehrte aber heimlich zurück und fand sein Warenlager in Unordnung reichlich „aufgeräumt". Er ging zum Hause des Janßen und schellte. Da auf die Frage des Janßen, wer da sei, keine Antwort erfolgte, schaute Janßen zum Fenster heraus. In diesem Augenblick krachte ein Schuß los. Das Geschoß durchschlug die Speiseröhre des Janßen, blieb aber dann im oberen Halsknochen stecken. Wäre die Kugel einige Millimeter tiefer eingedrungen, wäre die Wirkung unbedingt tödlich gewesen. Die Geschworenen bejahten die Frage nach versuchtem Totschlag, billigten dem Sikkens aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Ita. **Aus der Eifel**, 28. Juni. Ein Ueberfluß an Schlachtvieh, namentlich Schlachtochsen, macht sich in vielen Ortschaften der Eifel bemerkbar nach dem Abbau der Zwangswirtschaft. Viele Bauern haben 2—3 Koppel Ochsen, die sie bis dahin als Fuhrochsen benutzten und die sie nunmehr durch amerikanische Zugtiere ersetzen. Der Ochsenhandel ist flott im Gange. Bezahlt wird für das Pfund Lebendgewicht 2—3 Mk., ein Preis, den auch die Schleich- und Schwarzhändler bezahlt haben. Bei Ablieferung an den Viehhandelsverband erhielten die Bauern 90 Pfg. für das Pfund.

Ita. **Aus dem Moseltal**, 28. Juni. Die Weinberge stehen jetzt in voller Blüte. Die Stöcke sind gesund, und der Winzer erwartet eine reiche Ernte. Für Apfel- und Birnenweine wurden zuletzt 200 bis 275 Mark bezahlt.

* **Wissen** (Sieg), 30. Juni. Fürst v. Hatzfeld besitzt in hiesiger Gegend die beiden Schlösser Schönstein und Crottorf. Ersteres hat er dem Kreise Altenkirchen als Genesungsheim zur Verfügung gestellt.

Ita. **Biebrich**, 27. Juni. Die Vergnügungssucht hat einen Umfang angenommen, der eine wirtschaftliche und soziale Gefahr bedeutet. Der Magistrat hat daher eine Erhöhung aller Arten von Lustbarkeitssteuern um das Doppelte beschlossen.

* **Herdorf**, 30. Juni. In dem zwischen Burbach und Neukirch gelegenen alten Zollhaus wurde der Wirt von zwei Räubern erschossen. Die Mörder nahmen 600 Mark mit.

* **Bochum**, 28. Juni. Die Demonstrationen vor dem Rathause wurden heute früh fortgesetzt. Sie richteten sich vornehmlich gegen die Sicherheitswehr des Arbeiterrates. Eine Abordnung der Arbeiterschaft des Bochumer Vereins verlangte unter Androhung des Generalstreiks bis mittags 2 Uhr die Beseitigung der Sicherheitswehr. In einer Verhandlung des Polizeipräsidenten mit den Führern der Gewerkschaften und des Arbeiterrates wurde beschlossen, daß der Sicherheitsdienst von der staatlichen Polizei unter Zuziehung von Gewerkschaften ausgeübt wird. Die Sicherheitswehr bleibt bis zu ihrem völligen Abbau in Reserve. — Die Absicht der Arbeiterschaft des Bochumer Vereins, wegen der Eierknappheit und der hohen Lebensmittelpreise zu demonstrieren, haben sich unsaubere Elemente zunutze gemacht. Sie tauchten in der Menge auf und reizten einen Teil zu Plünderungen und zum Widerstand gegen die Sicherheitswehr auf. Unter der Volksmenge, die bis in die 10. Abendstunde demonstrierte, befanden sich nicht wenig auswärtige Spartakiden.

Neueste Nachrichten.

Die Blockade aufgehoben.

* **Versailles**, 28. Juni. Clemenceau hat heute abend folgende Note an die deutsche Delegation gerichtet:

Ich beehre mich, Sie in Kenntnis zu setzen, daß der Waffenstillstandsvertrag die Aufrechterhaltung der Blockade bis zum Austausch der Ratifikationen vorsieht. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären sich aber trotzdem bereit, die Blockade schon aufzuheben, sobald sie amtlich von der regulären und vollständigen Ratifizierung des Vertrages durch Deutschland verständigt worden sind.

Es bedeutet dies also der erste Schritt der Gegner über den Buchstaben des Vertrages hinaus!

Abreise von Versailles.

* **Versailles**, 28. Juni. Vorläufig bleibt die deutsche Geschäftsstelle in Versailles noch bestehen. Am Montag treffen hier die Kriegsgefangenen-Kommission und die Kommission für die Rheinlande ein. Gesandter v. Haniel reist morgen oder Montag früh nach Berlin zurück. Heute abend verlassen die deutschen Delegierten mit ihrem Begleitpersonal, ein großer Teil der Beamten und die gesamte Presse Versailles.

DZB **Paris**, 29. Juni. Gesandter von Haniel reist morgen früh zusammen mit 30 Mitgliedern der Delegation ab. Frhr. v. Lersner und ungefähr 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

DZB **Brest**, 29. Juni. (Reuter.) Präsident Wilson und seine Begleitung kamen um 11 Uhr 40 M. hier an.

DZB **Amsterdam**, 29. Juni. Laut Algemeen Handelsblad meldet die Times, daß Lloyd George Paris morgen verläßt und sich zur Erholung nach Wales begibt.

Zum Schicksal der Rheinlande.

W **Versailles**, 28. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskommission Clemenceau richtete heute folgende Note an den Gesandten von Haniel:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande geprüft. Sie nehmen davon Kenntnis, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung des Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum Besten der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, die von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Amerikanische Besatzung für Gebiete mit Volksabstimmung.

* **Paris**, 29. Juni. Am Donnerstagabend erklärte Präsident Wilson, daß 500 amerikanische Matrosen der Besatzungsarmee für Schleswig zugeteilt werden sollen. Die Matrosen sollen in den Gebieten verwendet werden, in denen etwa zehn Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages eine Volksabstimmung stattzufinden hat. Vermutlich werden auch in andere Gegenden, wo Volksabstimmungen abgehalten werden, amerikanische Besatzungsheere kommen.

Eine Botschaft Wilsons.

NZW **Washington**, 28. Juni. In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gesandten Botschaft dringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und des Völkerbundvertrages ohne Abänderungen und Vorbehalte. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer Neuordnung der Dinge, das Grund für eine große Genugtuung und allgemeine Beruhigung biete.

Der Verband und Wilhelm II.

* **Rotterdam**, 29. Juni. Der Rat der Vier hat an die holländische Regierung das Ersuchen gerichtete, die Bewachung des früheren Kaisers zu verschärfen.

Vom Kronprinz.

* **Paris**, 28. Juni. Die Blätter besprechen das Gerücht betreffend die Flucht des Kronprinzen. Petit Journal sagt, daß das Gerücht unbegründet war.

Deutsche Flotte und Niederwald.

DZB **Paris**, 29. Juni. (Havas.) Mehrere Kammermitglieder haben eine Entschließung eingebracht, welche eine möglichst rasche Zerstörung des Niederwald-Denkmals als Züchtigung Deutschlands für die Versenkung der Flotte und die Verbrennung französischer Fahnen fordert.

Rückkehr.

DZB **Amsterdam**, 29. Juni. Den Blättern zufolge ist vorgestern der Dampfer Marta Washington mit deutschen Zivilgefangenen aus Amerika abgegangen. Diese Woche fährt ein zweites Schiff mit Deutschen ab. Beide Dampfer werden Rotterdam anlaufen. Sie haben zusammen 3000 Mann an Bord.

DZB **Bremen**, 28. Juni. Heute kam in Bremerhaven der Dampfer Gulojemal an, der aus Konstantinopel den General v. Kreß, den Rest der deutschen Delegation im Kaukasus, die letzten noch im Kaukasus gewesenen Truppen und die letzten Mitglieder der Konstantinopeler deutschen Kolonie in die Heimat geführt hat. Den Heimgekehrten wurde ein glänzender Empfang zuteil.

Völlige Verkehrssperre in Berlin.

Von Dienstag ab werden sämtliche Verkehrsmittel von Groß-Berlin stillgelegt sein. Nicht nur Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, sondern auch die Straßenbahnen, sowie die Hoch- und Untergrundbahn werden ihren Betrieb einstellen. Es ist unschwer zu erkennen, welche Folgen diese Lahmlegung des gesamten Verkehrs für das wirtschaftliche Leben der Reichshauptstadt im Gefolge haben wird. Zahlreiche Arbeiter werden morgen nicht an ihre Arbeitsstätte gelangen können, für viele kaufmännische Angestellte wird dasselbe der Fall sein. Die schlimmsten Befürchtungen muß man auch bezüglich der geregelten Durchführung der Lebensmittelversorgung hegen. In der Bevölkerung begegnet man immer mehr Kundgebungen der Erbitterung über das gewissenlose Vorgehen der Streikhetzer, welche im Interesse ihrer politischen Geschäfte die Arbeiter und Angestellten in Streiks hineinhetzen, die nichts anderes sind, als ein rücksichtsloser Kampf einer einzelnen wirtschaftlichen Kategorie gegen die Allgemeinheit.

Lettow-Vorbeck gegen Hamburg.

* **Hamburg**, 30. Juni. Es wird jetzt auch amtlich bekanntgegeben, daß die Division v. Lettow-Vorbeck den Einmarsch in Hamburg mit starken und unter allen Umständen ausreichenden Kräften vorbereitet. Diesem Einmarsch wurde schon heute früh entgegengesehen. Es wird aber wahrscheinlich erst in den nächsten Tagen vor sich gehen. Inzwischen erläßt General v. Lettow-Vorbeck aus dem Korpsstabsquartier unter dem 28. Juni harte Einzelbestimmungen auf Grund des über Hamburg und Umgebung verhängten Belagerungszustandes. Alle Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Versammlungen in geschlossenen Räumen von einer Genehmigung des Korpsstabs abhängig. Verboten sind öffentliche Aufzüge und Ansammlungen. Der Verkehr auf den Straßen muß zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens ruhen. Bei Absperrungen ist ein Zwischenraum von 200 Metern vor den Absperrungsposten einzuhalten; ebenso haben Zivilpersonen zwischen sich und den einmarschierenden Truppen diesen Abstand von 200 Metern unter allen denkbaren Umständen zu wahren. Wer einen dreimaligen Anruf nicht beachtet, verfällt der Schußwaffe. Bloße Schreckschüsse werden nicht mehr abgegeben. Das Erscheinen neuer Zeitungen und die Verbreitung von Flugblättern ist von vorheriger Genehmigung abhängig. Die Reichswehrtruppen werden noch eine Zeitlang nach der Entwaffnung der Sicherheitsmannschaften und der Volkswehr in Hamburg bleiben, bis eine feste Staatsautorität wieder hergestellt ist und alle in Nr. 542 angeführten Bürgschaften für eine Sicherung der Stadt, des Hafens und der Elbe aufgerichtet sind, auch die Entwaffnung der Aufrührer, die noch immer zu vielen Tausenden ihre geraubten Waffen versteckt halten, durchgeführt und die Bestrafung der Schuldigen in die Wege geleitet ist.

DZB **Hamburg**, 28. Juni. Die Zahl der Todesopfer der Unruhen vom 24. und 25. Juni hat sich auf 62 erhöht.

Sport.

* **Berlin**, 27. Juni. Wie nunmehr mit Bestimmtheit feststeht, werden die in Hamburg ausgefallenen Rennen am 1., 3. und 5. nächsten Monats gelaufen. Das Deutsche Derby wird am 5. Juli zum ersten Male in Berlin-Grunewald ausgetragen.

Kleine Nachrichten.

— Alle in der Schweiz noch internierten deutschen Kriegsgefangenen, 1200 Offiziere und 3000 Mann, werden vom 15. bis 30. Juli über Konstanz in die Heimat zurückbefördert.

Milde Gaben.

Es gingen bei uns ein:

Für ein Heidenkind auf den Namen Friedrich una. aus Büttgen 21.— Mk.

Statt Karten.

Theodor Krings
Maria Krings
geb. Heldbückel
VERMÄHLTE

Neuss, 1. Juli 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Ihre heute in Köln vollzogene Vermählung geben hiermit bekannt:

Hans Lammertz
Helene Lammertz geb. Mones.

Köln-Klettenberg Hardtstr. 26 — Neuss Furtherstr. 191

1. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Zur Deckung des Gemeindesteuerbedarfs werden für das Rechnungsjahr 1919 in der Stadtgemeinde Neuß folgende Steuerzuschläge erhoben:

250 Prozent der staatlich veranlagten Einkommensteuer unter Freilassung der fingierten Einkommensteuersätze,

800 Prozent der in Klasse I und II staatlich veranlagten Gewerbesteuer,

200 Prozent der in Klasse III und IV staatlich veranlagten Gewerbesteuer,

250 vom Tausend des gemeinen Wertes der Liegenschaften als Gemeindegrundsteuer.

Neuß, den 30. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: Gielen.

Reichsreisebrotmarken.

Die Gültigkeitsdauer der alten Reisebrotmarken ist allgemein bis 27. Juli 1919 einschließlich verlängert worden, ebenso die Frist zum Umtausch der alten Brotmarken in neue. Bis zum 27. Juli gelten also die alten und neuen Marken nebeneinander; vom 28. Juli ab dürfen nur noch die neuen (gelben) Brotmarken angenommen und beliefert werden.

Neuß, den 1. Juli 1919.

Der Oberbürgermeister: Gielen.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der belgischen Besatzungsbehörde ist eine Aufnahme folgender Gegenstände angeordnet:

a) Bau- und Grubenholz,
b) Vieh und Pferde,
c) Wagen
d) Automobile } und Zubehör (Pneu, Einzel-
e) Fahrräder } teile, Vergaser, Magnetos etc.)
f) Materialien für Straßenbahn,
g) Boote,
h) Kunstgegenstände, Mobilar.

Es müssen die Güter angemeldet werden, die seit dem 1. August 1914 erworben und noch im Besitze der Bewohner sind.

Die Anmeldungen, mit lateinischen Buchstaben geschrieben, sind bis spätestens 10. Juli auf dem Bürgermeisteramt (Zimmer 13) abzugeben.

Neuß, den 28. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: Dr. Beitzen.

Bekanntmachung

Auf Anordnung des mit der Kontrolle der Zivilverwaltung beauftragten Offiziers sind die gemäß des am 22. Januar 1919 veröffentlichten Befehls von den Einwohnern bereits angemeldeten, nachfolgend näher bezeichneten Gegenstände nochmals anzumelden.

Die Anmeldungen haben bis zum 8. Juli dieses Jahres auf der Verwaltungsstelle, Luegallee 103, Zimmer 6, schriftlich, laut nachstehender Liste zu geschehen:

a) Bauholz—Nutzenholz,
b) Hornvieh und Pferde,
c) Wagen
d) Automobile } u. Zubehör (Reifen, einz. Stücke,
e) Fahrräder } Carburateurs u. Magnets etc.)
f) Klein- und Straßenbahnmaterial,
g) Schiffe,
h) Kunstgegenstände, Möbel.

Es sind nur die Gegenstände oben bezeichneter Art anzugeben, die nach dem 1. August 1914 erworben wurden und sich jetzt noch in dem Besitze der Einwohner befinden.

Es muß genau der Ursprung dieser Gegenstände angegeben werden.

Ich weise nochmals darauf hin, daß strenge Strafen gegen die Personen angedroht sind, die irrige Mitteilungen machen und deren schlechter Wille nachgewiesen werden kann.

Der am 20. Juni dieses Jahres veröffentlichte Befehl, wonach für die Folge Aenderungen in dem Besitzstande genannter Gegenstände zum 10. und 25. eines jeden Monats anzumelden sind, wird hierdurch nicht berührt und bleibt bestehen.

Düsseldorf-Oberkassel, den 30. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: Knopp.

Bekanntmachung

Auf Veranlassung des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten halten die Düsseldorfer Notare regelmäßig Sprechstunden in Oberkassel ab und zwar bis auf weiteres jeden Mittwoch und Samstag, zuerst am 2. Juli dieses Jahres. An diesen Tagen ist in dem Viktoria-Hotel von Theodor Vollig, Sonderburgstraße 27, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr ständig ein Notar anwesend.

Düsseldorf-Oberkassel, den 28. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: Knopp.

Bekanntmachung

Die Impfnachschau der Nachgeimpften findet statt: in Oberkassel, im evangelischen Gemeindesaal am Donnerstag, den 3. Juli, pünktlich 2 Uhr nachmittags; in Heerdt im Fürsorgehaus, Pariserstr. 115, am Freitag, den 4. Juli, pünktlich 10 Uhr vormittags.

Zu diesen Terminen haben auch sämtliche noch nicht oder ohne Erfolg geimpften Impfpflichtigen bei Vermeidung von Strafe zu erscheinen.

Besondere Ladungen ergehen nicht mehr. Fehlen infolge Krankheit muß durch ärztliches Attest begründet werden.

Düsseldorf-Oberkassel, den 30. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: J. V.: Knopp.

Am 1. Juli ds. Js. treten auf den meisten Strecken des Eisenbahndirektionsbezirks Cöln Fahrplanänderungen in Kraft. Näheres ist aus den Aushängen auf den Bahnhöfen zu ersehen.

Cöln, den 27. Juni 1919.

Eisenbahndirektion.

Ackergütchen

oder Haus u. Stallung m. gr. Garten u. 3—10 Morgen Land, zu kaufen oder zu pachten gesucht.

M. Cremer, Hohnerholt Nr. 35, b. M.-Gladbach.

Großes möbliertes Zimmer zu vermieten.

Leuchtenberg, Erftstr. 38.

4-Zimmer-Wohnung von kinderl. Ehepaar per sofort oder sp. in besserem Hause zu mieten gesucht.

Angeb. an **Stein, Kanalstraße 40 II. Etage.**

Kaufmann sucht für sofort **gut möbl. Zimmer** möglichst mit voller Pens., Nähe Bahnhof v. Furtherst.

Angeb. an Alb. Müller, z. Zt. Neuß, Marienstr. 67.

Bekanntmachung.

Die infolge Benutzung von Grundstücken durch die Besatzungstruppen entstandenen Flurschäden sollen durch Sachverständige abgeschätzt werden. Zu diesem Zwecke ersuche ich bis zum 5. Juli schriftlich mitzuteilen, welche Grundstücke für die Abschätzung in Frage kommen.

Widdeshoven, den 27. Juni 1919.

Der stellv. Bürgermeister: Dißmann.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde-Hundesteuerliste pro 1919 der Gemeinden Broich, Hoeningen und Oekoven liegt von Montag, den 30. Juni ds. Js. ab 8 Tage lang während der Dienststunden auf dem hiesigen Bürgermeistereibüro zur Einsicht offen.

Widdeshoven, den 26. Juni 1919.

Der stellv. Bürgermeister: Dißmann.

Monats-, Arbeitermonats-, Schüler- und Wochenkarten werden im Monat Juli zum alten Preise ausgegeben.

Straßenbahn.

Verkauf zu Neurath.

Am Donnerstag, den 3. Juli, morgens 10 Uhr, läßt Herr **Josef Obels zu Neurath,** Güterstraße 48, in seiner Wohnung wegen Aufgabe der Landwirtschaft

1 kräftiges Pferd, 1 Schlagkarre, 1 lange Karre mit Erntevorrichtung, 1 Dreschmaschine (1- u. 2spännig) 1 Wannmühle, 1 Dezimalwaage, 1 Gruber, 1 Hundspflug, 1 Tiefpflug, 1 fast neuer Herd etc.,

öffentlich meistbietend auf Kredit gegen Bürgschaft freiwillig versteigern.

Grevenbroich. **Johann Trippen.**

Selbständig arbeitender tüchtiger

Küfer

bei hohem Lohn gesucht.

Neußer Sauerkrautfabrik Rheins u. Rolden, G. m. b. H.,
Adolfstraße 48.

Lehrmädchen oder Anfängerin mit schneller Auffassungsgabe, aus guter Familie, für mein kaufm. Büro sof. gesucht. Selten günst. Ausbildungsmöglichk. in allen Büroarbeiten. Pers. Vorst. m. Zeugnissen zwischen 10—12 Uhr.

Dipl.-Ing. H. Kappert, Oberkassel, Schanzenstr. 25.

Haus im Mittelpunkt der Stadt, mit Hinterhaus, Stall., Hofraum, Schupp. u. Auffahrt steht zu verk. Türchen, Brandgasse 14.

Suche per sofort eine **2-3 Zimmerwohng.** in bess. Hause (kinderlos). Rosenberg, Furtherstr. 106.

Ruh. Fam. sucht f. 1. Okt. **Wohnung** von 4—5 Räumen. Offerten erbeten an J. Derichs, Büttgerstr. 7.

---

30 Mk. Belohnung.

Brautpaar sucht 2-Zimmer-Wohnung. Mausberg, Erftstr. 6.

Schön möbl. Zimmer mit voller Pension an 1 od. 2 Herren zu vermieten.

Müller, Schwannstr. 19 II.

---

2 Herren suchen möbl. **Zimmer** evtl. mit voller Pension.. Gefl. Angeb. mit Preis erb. **Leng,** Gepäckabfertigung (Bahnh.)

Erfahrener **Buchhalter** für ganze oder halbe Tage gesucht. Schriftliche Offert. erbeten an **Ludwig Rutz,** Crefelderstraße 60.

Junger Mann, 17 J., welcher die Handelsschule besucht, 1 Jahr auf kaufm. Büro gelernt hat, sucht sich auf kaufm. Büro weiter auszubilden.

Ang. an Mobis, Königshoven bei Harff.

Anstreichergehülfe und **Lehrling** gesucht.

Pet. Schillings, Maler- u. Anstreicherm. Krurstr. 9.

Best. Mädchen als Stütze gesucht, am liebst. v. Lande.

Wwe. G. Kespers, Restaurant Burgunderhof, Haltestelle Heerdt a. Kaiser.

Daselbst ein tüchtiger **Kellner** für Sonntags gesucht.

Unverheirat. erfahrener Kutscher gesucht. **Dr. Breuer, Büttgen,** Driescherstraße.

Ein braver Junge als Pferdeknecht gesucht. **Herm. Hermes. Grefrath,** Büttgerstr. 48.

Landwirtschaftlicher Arbeiter sofort gesucht.

Matth. Berger, Gut am Kaiser, Düsseldorferstr. 176.

Ein tüchtiger Lehrling gesucht. **Elektro-Motoren- u. Dynamo-Werk,** Krefelderstraße 19—21.

Arbeiterinnen sucht **Weinberger, Heerdt,** Löricherstr. 106.

Ein ordentliches Mädchen in bürgerlichen Haushalt sofort gesucht.

Mathoul, Oberstr. 22.

Zuverläss. **Mädchen** für Küche und Hausarbeit ges.

Frau Paul Wentges, Canalstr. 20.

Mädchen f. Hausarbeit f. ganz od. Stunden. Fahrt w. vergütet. **Hahn, Oberkassel, Brendamourstr. 16.**

Für die Privatwohnung ein in Küche und Haushaltung durchaus erfahrenes Mädchen gegen hohen Lohn sofort oder 15. Juli gesucht.

Theodor Hasfert, Dülken, Friedrichstr. 26.

Frau mit 1 Kinde von 6 Jah. sucht Stelle als Haushälterin in fraueni. Haushalt. Näheres **Müller, Moltkestr. 5.**

Fleißiges braves — Mädchen — gesucht. **Keller,** Metzgerei, Neustraße 12.

Braves Mädchen gegen hohen Lohn gesucht. **Frau P. Hopstein,** Drususstr. 81 II.

Braves Mädchen gesucht. Frau Direkt. Buchkremer, Schwannstr. 8.

Fräulein sucht Stelle in Restaurant zum Bedienen der Gäste. Am liebsten n. auswärts. Angeb. an **Emil Schellmann, M.-Gladbach,** Wallstraße 45.

Eine 4jährige **Fuchsstute** mit **Fohlen,** eine junge melke **Kuh,** ein tragendes **Schwein** u. ein fettes abzugeben. **Vieten, Holzheim,** Bahnstr. 5a.

Schnelles Kassepferd und ein schneller **Pony** zu verkaufen oder auf andere Pferde zu vertauschen. **Müller, Jos,** Hubertusstr. 182.

Einen jungen zugfesten **Arbeitsochsen** hat zu verk. **Joh. Hölters, Strümp Nr. 60 b. Osterath.**

Ein 7 W. altes **Ziegenlamm** zu verk. **Bemelmans,** Norf, Rosellerstr. 14.

Eine melke Ziege mit 2 Lämmer u. 1 Viehkessel sind zu verkaufen. Näheres **Löwenforst,** Neuß. Josefstr. 97.

Schöns milchgebende **Ziege zu verkaufen.** Wimmers, Marienstr. 90.

---

1 Lehnbank, 1 junger Ziegenbock, 1000 Kunkelrübenpflanzen zu verkaufen. **G. Neuhausen,** Rheydterstr. 35.

Milchschaf zu verkaufen. Ellgering, Uhlandstr. 4.

Silberkaninchen darunter Häsin mit 6 Jungen zu verkaufen. Lehmler, Industriestr. 2 I.

6—8 Legehühner zu verkaufen. **Gerards,** Gladbacherstraße 268

Zirka 30 Ztr. prima **Wiesenheu** sofort abzugeben. H. Roggendorf, Stürzelberg, Unterstr. 38.

Schöne gelbe **Erd-Kohlrabien-Pflanzen** zu verkaufen. **Kerres, Roisdorferhof, Holzheim,** Fernspr. 1380 Amt Neuß.

Mehrere 1000 Erdkohlrabienpflanzen abzugeben. F. Jockram, Stüttgerhof, Nedesheim.

Schöne Dogcart billig zu verkaufen. **Franz Pesch, Büttgen,** Büscherstr. 2.

Motor-Rad (auch defekt), zu kauf. ges. **K. Fustangel, Gindorf,** bei Grevenbroich.

Fahrrad u. Schläuche b. z. verk. Das. werd. Reparat. an Fahr. prompt u. billig ausgeführt. **Wolff,** Büttgerstr. 81.

Ein fast neuer **Flaschenzug** mit 75 Mtr. Seil billig zu verkaufen. **Jos. Holzberg,** Nievenheim, Bahnstr. 37.

Gebr. Gummischlauch zu kaufen gesucht. **Joh. Kuhlendahl,** Neuß, Annostr. 7.

Polster-Arbeiten **Matratzen, Sophas** werden gut u. billig aufgearbeitet. **W. Krüchel, Münsterstr. 41.**

Achtung!

Grossisten u. Wiederverkäufer.

80000 Kilogramm

weiße Stangenseife und Toiletteseife

eingetroffen. Muster werden nicht abgegeben, daher Lagerbesuch erbeten.

Gerh. Michels, Aachen,
Lager Marienbongard 24, Telefon 2491.

W. Lauers,

staatl. geprüft. Heilgehilfe u. Masseur,
Büttgerstrasse 5a.

Massage, Ansetzen von Blutegeln, Schröpfen, Katherisieren, Hühneraugenschneiden, Zahnziehen etc.



Heute erhalte einen Transport prima

Arbeits-Ochsen.

Siegfried Wolf,
Hülchrath Nr. 45.

Bei der Abonnementsbestellung bezw. **am Anfange des Monats** bitten wir, den Abonnementsbetrag gegen Quittung unsern Boten auszuhändigen. Zur Vereinfachung der Buchungen und glatten Abwickelung der Geschäfte müssen unsere Boten alle Abonnementsbeträge bis 15. jeden Monats in unserer Geschäftsstelle abliefern und bitten wir die geschätzten Abonnenten, jedenfalls vorher den Betrag den Boten zuführen zu wollen.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung,
Geschäftsstelle Niederstr. 46.

Trauer

-Drucksachen wie Totenzettel
Trauerbriefe, Dank-Karten
liefert innerhalb kürzester
Frist die Gesellschaft für
Buchdruckerei, Neuss a. Rh.
Niederstrasse 46.

Vereinskalender.

(Die Angaben für den Vereinskalender müssen bis spätestens 6 Uhr abends in der Geschäftsstelle aufgeliefert sein).

Münsterchor. Dienstag nachmittag 4½ Uhr Probe für die Knaben. Die Probe für die Herren beginnt Mittwoch, ausnahmsweise erst um 8½ Uhr.

Verein kath. kaufm. Gehilfinnen u. Beamtinnen, Neuß. In dieser Woche fällt der franz. Kursus aus; statt dessen findet heute und Freitag punkt 8 Uhr die Theaterprobe für den Kärntner-Abend statt. Mittwoch 7½ Uhr Abrechnung der Bezirksvorsteherinnen (Michaelstraße). Niemand darf fehlen. Donnerstag punkt 8 Uhr dringende Probe der Gesangabteilung für den Kärntner-Abend.

Jünglingskongregation St. Dreikönigen. Dienstag, den 1. Juli, abends ½8 Uhr, Turnen nur für die ältere Abteilung.

Jünglingskongregation Neuß-Weißenberg. Heute abend punkt 8 Uhr Theaterprobe im Jugendheim. Diejenigen Jünglinge, die an dem Ausflug teilnehmen wollen, mögen sich in den ersten Tagen beim Präses oder bei den Vorstandsmitgliedern melden.

Kath. Arbeiterverein Dormagen. Donnerstag, abends 6½ Uhr Unterrichtskursus durch Herrn Arb.-Sekr. Schmitz Neuß.

Die diesjährige
General-Versammlung
des
Kreisverbandes des Rheinisch. Bauern-Vereins
findet statt:

Samstag, den 5. Juli um 3 Uhr, pünktl. im Kino-Saal in Grevenbroich.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Scola, Cöln: „Die Landwirtschaft und die neue Zeit".
2. Neuwahl des Vorstandes

Wegen der großen Wichtigkeit der Versammlung wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Schloß Dyck.

Fürst Salm-Reifferscheidt,
Stellvertr. Vorsitzender.

Vom 1. Juli ab behandle ich ausschliesslich

Ohren-, Nasen- und Hals-Krankheiten.

Dr. Renner,
Sanitätsrat.
Sprechst. ½10—12 Uhr 3—5 Uhr.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Neuß.

Zur Behandlung der Kassenmitglieder und der Familienangehörigen ist weiterhin zugelassen

Herr Dr. med. Weismüller junior,
Neuß, Kapitelstraße 55.

Neuß, den 1. Juli 1919.

Der Vorstand.

Stadtgarten-Restaurant.
Karl Nellen.

Mittwoch, den 2. Juli 1919:

Streich-Konzert.

Anfang 5 Uhr.

Ziehung bestimmt 24. Juli 1919

Kreuznacher-Lotterie veranstaltet vom Nahetal Renn-Verein E.V. in Bad Kreuznach. 3563 Gewinne, der 2 Ziehungen im Gesamtbetrage v. Mk.

80000
30000
10000
5000

Lose zu 2 M.
Porto und Liste 45 Pfg.
Eine feine
Banknotentasche
mit 10 Losen incl. Porto und Liste Mk. 20.45 empfiehlt u. versendet auch unter Nachnahme

Amtenbrink
Bankhaus • Köln a. Rh.

Kokosöl

für Seifenfabrikation, greifbare Ware,

zu kaufen gesucht.

Schr. Ang. anF. **Houben, Krefeld,** Luisenstr. 97 erb.

---

1 weißer Magolika-Herd, 1 Fahrrad, Freilauf, fast neu, 2 Paar Damenschnürschuhe, Nr. 39, 1 blauer seid. Mantel, 1 helle Sommerjacke, 1 seidene Bluse, 1 schwarzes Jackenkleid u. versch. seidene Röcke und Blusen, alles für mittlere Figur, zu verkaufen.

Hetzen,
Marienstr. 23, 1. Etage.

---

2 Daunenbetten billig zu verkaufen. **Reinartz,** Quirinusstr. 5.

Abnehmer

für täglich größere Posten

Wald-beeren

gesucht. Näheres Johann Herz, Materborn b. Cleve, Materborner Allee.

Moderne Küchen

naturlack. und gestrichene, **Schlafzimmer** in prima Ausführung. **Einzelmöbel, Matratzen, Sofas usw.**

Bei uns gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung frei aufbewahrt.

Jos. Hilberath & Co.,
Clarissenstraße 12.
Eigene Schreinerei.

Wellblechzaun, 45 m lang, **Pferdestall für 2 Pferde, sowie 1 Holzschuppen** sofort zu verkaufen.

Der Lagerplatz kann auf Wunsch weitergemiet. werd. Hermanns, Büttgerstr. 45.

Wegen Raummangel neuer **Eichen-Kleiderschrank,** dunkel gebeizt, zu verkaufen. **Hoefer, Glockhammer 9 I.**

Möbel.

1 Herd, 2 Kleiderschränke, 1 Waschkommode, 3 Bettstellen mit Matr., 2 Tische, 1 Tisch mit Brotmaschine billig zu verkaufen.

Löwe, Düsseldorferstr. 218.

---

14. (240.) Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse, Ziehungsbeginn am 15. Juli, habe ich noch abzugeben:

1/2 1/4
21 Mark 10 Mk. 50 Pf.
1/8
5 Mk. 25 Pf. pro Klasse.

Nach auswärts auf Wunsch per Nachnahme.

Neuß, Quirinusstr. 8.
Foller,
Lotterie-Einnehmer.

Schuh-Reparatur, Maaßarbeit

bei guter Ausführung und schneller Bedienung empf.

Heinr. Fabrizius,
Schuhm., Büttgerstr. 41.

Ein P. neue **Herrenschuhe** Nr. 42 billig zu verkaufen. Ollgs, Furtherstr. 80.

Zu verkaufen:

1 schw. Ueberzieher, 1 Gehrock. Das. eine **Wäscherin** gesucht, welche die Wäsche auß. d. Hause schrankf. bef. vorm. von 10—1 Uhr.

Sturm, Friedrichstr. 45.

Fast neuer **Frack m. Weste** für starke Figur zu verkaufen.

Lüttger, Furtherstr. 75II.

---

2 sehr gut erh. **Jackenkleider,** mittelstarke Figur, preiswert zu verkaufen.

Mayer,
Breitestr. 56.

Plüschsofa m. rd. Tisch zu verkaufen. P. Trybels, Kapitelstraße 30.

Kinderbettchen mit Matr. und Bettstelle, sowie ein Sommerkleid, Größe 42, **schw. Seidenhut u. 1 Tisch** zu verkaufen.

Schiffers, Erftstr. 16 I.

Bett m. Matr., Sofa, Gasofen, gebr., billig zu verk. Liebertz, Neumarkt 54.

Möbel.

Kompl. Schlafzimmer u. Küchen, sowie Einzelmöbel billigst

Herm. Sack,
Tückingstraße 2.
Prompte Ausführ. sämtlicher Möbel-Reparaturen und Renovierungen in eigener Werkstatt.

Altes Gold

Silber (Münzen aller Art) kauft zu den **höchsten Preisen Rietzen, Breitestr. 63.**

Ausgekämmtes und abgeschnittenes **Frauenhaar** wird zu höchsten Preisen angekauft. **Geschw. Bürvenich, Neuß, Büchel 11, Grevenbroich, Kölnstr. 11.**



Rechnungsformulare in allen Formaten liefert die Buchdruckerei der Neuß-Grevenbr. Ztg. Niederstraße 46.

6½ Uhr

abends ist jeweils Schluß der Anzeigenannahme für die Ausgabe des folgenden Tages. Für größere Anzeigen um 6 Uhr. Im Interesse der pünktl. Fertigstellung unserer Zeitung bitten wir die verehrl. Inserenten um Beachtung dieses Termins. Später eintreffende Anzeigen müssen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Geschäftsstelle der Neuß-Grevenbroicher Zeitung
Neuß, Niederstr. 46.

Damenuhr verloren

Samstag von Morgensternsheide bis Schabernackstr. 52. Wiederbringer Bel. Frau Adam Evertz.

Portemonnaie mit Inhalt verloren. Gegen Belohng. abzugeben bei Ww. Klömpges, Gladbacherstr. 73.

Droschke, Sternf., vor. Woche verl. Wiederbr. Belohng. Groß, Krurstraße 40.